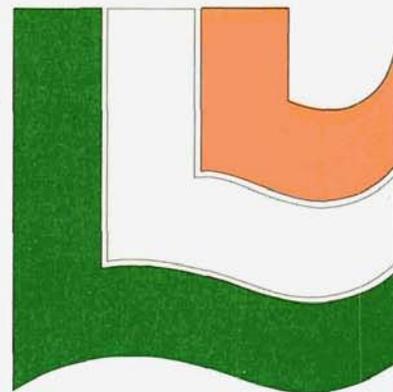


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 10



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 6. 6. 1990

Ingeborg Friebe wurde als erste Frau in NRW zur Landtagspräsidentin gewählt

Der nordrhein-westfälische Landtag hat die bisherige Vizepräsidentin Ingeborg Friebe (SPD) bei seiner konstituierenden Sitzung am 31. Mai zur neuen Präsidentin gewählt. Erstmals trat damit eine Frau an die Spitze des Landesparlaments. Ingeborg Friebe wurde mit großer Mehrheit Nachfolgerin von Karl Josef Denzer (SPD), der nach 20 Jahren Zugehörigkeit zum Parlament in den Ruhestand getreten ist.

Die neue Präsidentin wies in ihrer Antrittsrede darauf hin, ihr komme die Aufgabe zu, als Präsidentin stellvertretend für alle Frauen dieses Parlaments und für all die tüchtigen Frauen im Land beweisen zu müssen oder zu dürfen, „daß wir allen Aufgaben, denen wir uns stellen, auch gewachsen sind“.

Frau Friebe fuhr fort, es gehe ihr um politische Kultur. Man habe 82 neue Abgeordnete. Sie rief dazu auf, ihnen ein gutes Beispiel zu geben. Landtagsarbeit dürfe nicht Fortsetzung des heißen Wahlkampfes mit anderen Mitteln sein.

Die 59 Jahre alte Sozialdemokratin Ingeborg Friebe, die betonte, ihr gehe es um politische Kultur, gehört dem Hohen Haus seit 1975 an. Sie war in der abgelaufenen

Legislaturperiode Vizepräsidentin und steht in den kommenden fünf Jahren dem mit 237 Abgeordneten bislang zahlenstärksten Landesparlament vor. Die 1931 in Braunschweig geborene Politikerin (siehe auch Porträt der Woche) gehört der SPD seit 1950 an und ist seit 14 Jahren Bürgermeisterin der Stadt Monheim im Rheinland. Sechs vom Landtag gewählte Vorgänger saßen seit 1947 auf dem Präsidentenstuhl: Die CDU stellte mit Josef Gockeln (1947—1958), Wilhelm Johnen (1959—1966), Josef Hermann Duffhues (1966) und Wilhelm Lenz (1970—1980) die meisten Landtagspräsidenten. Für die SPD hatten das Amt inne: John van Nes Ziegler (1966—1970 und 1980—1985) sowie Karl Josef Denzer (1985—1990). (Seite 3)

Kontroverse um die Anzahl der Vizepräsidenten Leitungsgremium ohne F.D.P. und Grüne

Zur Kraftprobe ist es erwartungsgemäß in der konstituierenden Sitzung über die Zahl der Vizepräsidenten gekommen. Drei Vorschläge standen zur Wahl: Die CDU wollte nur einen Vizepräsidenten, die SPD plädierte für zwei, Grüne und F.D.P. dagegen wollten alle vier Fraktionen im Präsidium vertreten sehen.

Für die SPD erklärte deren Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann, es habe keine Lösung gegeben, die eine Berücksichtigung beider kleinen Parteien ermöglicht hätte. Nur eine davon zu beteiligen, die andere aber nicht, „das schien uns kein Mehr an Gerechtigkeit zu sein“.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU kennzeichnete dies als „Arroganz der Macht“, wie sie sich schon in der letzten Wahlperiode gezeigt habe. Der SPD-Vorschlag sei aus der Sache heraus unsinnig, wenig demokratisch und belaste das Klima zwischen Mehrheits- und Oppositionsfraktionen.

Ein Zeichen für den „totalen SPD-Staat“ glaubte Dr. Achim Rohde für die F.D.P.-Fraktion zu erkennen.

Für die Grünen warnte deren Sprecher Dr. Michael Vesper vor einer Ausgrenzung schon am Anfang der Wahlperiode.



Der scheidende Landtagspräsident Karl Josef Denzer gratuliert seiner Amtsnachfolgerin Ingeborg Friebe zur Wahl.
Foto: Schüler

Die Woche im Landtag

Vizepräsidenten

Der Landtag hat bei seiner konstituierenden Sitzung auch die Vizepräsidenten neu gewählt. (Seite 2)

Fraktionsvorsitzende

Die vier im 11. Landtag vertretenen Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und der Grünen haben ihre Fraktionsvorsitzenden sowie -vorstände gewählt. (Seiten 5 und 6)

Wahlergebnis

Der Landeswahlleiter hat im Landeswahlausschuß das endgültige Wahlergebnis der Landtagswahl 1990 bekanntgegeben. (Seite 7)

Dienstleistungen

Rund 310 Verwaltungsbedienstete, 80 Fraktionsangestellte und persönliche Hilfskräfte arbeiten den Abgeordneten zu. (Seiten 8 und 9)

Bildankauf

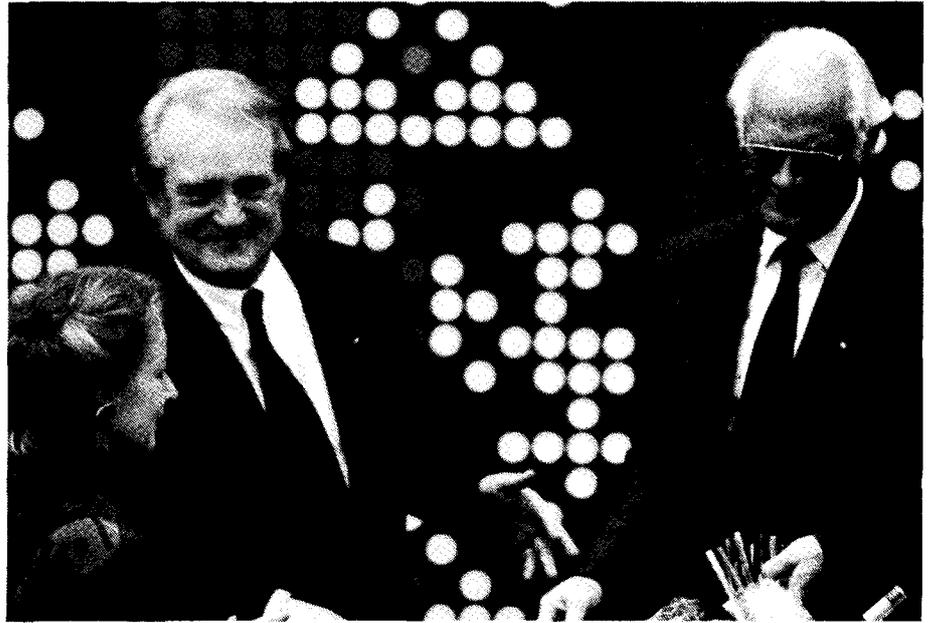
Der Landtag hat ein Bild der Künstlerin Barbara Heinisch angekauft und ausgestellt, das zuletzt in Heidelberg zu sehen war. (Seite 10)

Petitionsausschuß

Ohne Stillstand werden Eingaben in der Übergangszeit zu Beginn der 11. Wahlperiode vom vorläufigen Petitionsausschuß bearbeitet. (Seite 11)

„Für ein föderatives Deutschland in einem bürgernahen Europa der Regionen“

Mit einem Appell, die innere Verbindung zwischen Bevölkerung und Parlament zu stärken und dabei die Chancen zu nutzen, die das neue Landtagsgebäude als selbstbewußter Ausdruck für Parlamentarismus und Föderalismus bietet, hat sich Karl Josef Denzer, Präsident des 10. Landtags des Landes Nordrhein-Westfalen, in seiner Rede als amtierender Präsident an die Abgeordneten des 11. Landtags gewandt. Der hohe Anteil von Nichtwählern bei der letzten Landtagswahl mache dies dringend notwendig, betonte Denzer und legte allen Abgeordneten nahe, die Öffentlichkeit zu suchen und ihr gegenüber das eigene parlamentarische Engagement zu dokumentieren: „Und dies ist nach Lage der Dinge eben im wesentlichen durch eine hohe Präsenz bei Plenarsitzungen erreichbar. Bitte seien Sie sich dessen bei Ihrer kommenden Arbeit stets bewußt.“



Mit lang anhaltendem Beifall wurde Landtagspräsident Karl Josef Denzer (rechts) nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft im Landesparlament und fünfjähriger Präsidentschaft in den Ruhestand verabschiedet. Zu den ersten, die ihm ihre Glückwünsche mit auf den Weg gaben, gehörten die F.D.P.-Abgeordnete Dagmar Larisika-Ulmke (links) und Ministerpräsident Johannes Rau.
Foto: Schüler

Der Wunsch des amtierenden Präsidenten wurde bei der konstituierenden Sitzung des 11. Landtags am 31. Mai 1990 erfüllt: Nur drei der zuvor am 13. Mai von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes gewählten 237 Abgeordneten hatten sich entschuldigt. Denzer konnte darum an die Worte anknüpfen, die fünf Jahre zuvor der damalige aus seinem Amt scheidende Parlamentspräsident John van Nes Ziegler gebraucht hatte, als er am 30. Mai 1985 den „zahlenmäßig größten Landtag der Landesgeschichte“ mit seinen 227 Mitgliedern im alten Ständehaus begrüßen konnte. Und genau wie damals gab es Platzprobleme im Plenarsaal, die in den nächsten Wochen und Monaten behoben werden sollen. „Zudem hat das Parlament — erstmals seit dem Jahre 1958 — wieder eine vierte Fraktion. Hier und da geäußerte Sorgen, der Landtag könne sich als zu klein erweisen, sind unbegründet. Sie alle werden adäquate Arbeitsbedingungen vorfinden, damit Sie in die Lage versetzt werden, Ihren Verfassungsauftrag zu erfüllen“, versprach Denzer. Er fügte aber hinzu:

„Allerdings — und gestatten Sie mir als ehemaligem Abgeordneten und amtierenden Präsidenten diese Anmerkung — sollte sich der neue Landtag vielleicht Gedanken über eine Reform des Wahlgesetzes machen. Immerhin ist zumindest theoretisch noch eine weitaus höhere Zahl von Mandaten nicht ausgeschlossen.“

An diesen Erörterungen — sollte es sie geben — wird Denzer keinen Anteil mehr haben: „Ich verabschiede mich heute nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft von diesem Parlament“, resümierte er. „Verknüpft damit ist nicht nur die Erinnerung an eine befriedigende politische Tätigkeit und an zahlreiche politische Ereignisse, die mich und andere in diesen zwei Jahrzehnten bewegt haben, sondern auch — und dies ganz besonders — an die Begegnung mit vielen Menschen, die mir Hilfe und Unterstützung, menschliche

Wärme und freundschaftliche Zuneigung gegeben haben, dafür bin ich dankbar.“

Zu Beginn seiner Rede hatte Denzer den Abgeordneten zu ihrer Wahl in das oberste Verfassungsorgan des Landes gratuliert. Nach seinem Dank an die beiden Beisitzer, Margarete Versteegen (CDU) und Erich Kröhan (SPD) — beide scheidet im übrigen ebenfalls aus — hatte Denzer als dienstältestes Mitglied des Landtages mit fast 32 Jahren den Ministerpräsidenten des Landes, Johannes Rau, und den lebensältesten Abgeordneten, Wolfram Dorn (F.D.P.), willkommen geheißt. Er begrüßte die Inhaber besonderer Ämter auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, die Vertreter der Religionsgemeinschaften, die Angehörigen des Konsularischen Korps, die Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens und der Gewerkschaften, wobei er besonders den neugewählten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz-Werner Meyer, erwähnte. Sein Gruß galt auch dem ehemaligen Vizepräsidenten des Landtags, Richard Winkels, und dem Abgeordneten Gerhard Wendzinski von der SPD, der an diesem Tag seinen 55. Geburtstag feierte.

Im politischen Teil seiner Darlegungen wies Denzer auf die Bewährungsprobe hin, der sich die Mitglieder des 11. Landtags zu stellen haben: „Sie werden Entscheidungen für die neunziger Jahre zu treffen haben, und einige dieser Entscheidungen werden in ihren Konsequenzen möglicherweise über die Jahrtausendwende hinausreichen.“ Er denke dabei vor allem an die Vereinigungsprozesse in Deutschland und in Europa und an die Rolle, die die Bundesländer dabei spielen müßten. „Die Bundesländer wollen beteiligt werden, um Europa und Deutschland mitgestalten zu können. Föderalismus ist das Gegenteil von Zentralismus, von unüberschaubaren Einheiten und der damit verbundenen Anonymität“, mahnte er die alten und 82 neuen Mitglieder des Landtags. Es gelte nicht nur die Eigenständigkeit der

Fortsetzung Seite 4



1. Vizepräsident:
Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)



2. Vizepräsident:
Ulrich Schmidt (SPD)

Fotos: Schüler

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe will persönliche Schwerpunkte setzen

An erster Stelle steht der Prozeß der deutschen Einigung

Die neue und erste Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Ingeborg Friebe, hielt nach ihrer Amtsübernahme eine Rede, in der sie zunächst an den Werdegang ihres Vorgängers Karl Josef Denzer erinnerte, auf seine Verdienste hinwies und ihm in sehr persönlicher Weise im Namen des Hauses Dank sagte. Im zweiten Teil ihrer Antrittsrede erinnerte die Präsidentin daran, daß Landtagsarbeit nicht Fortsetzung des heißen Wahlkampfes mit anderen Mitteln sein dürfe. Sie machte ferner deutlich, es gebe parlamentarische Bereiche, in denen sie persönlich Schwerpunkte setzen möchte. Da stehe an erster Stelle der Prozeß der deutschen Einigung.

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe sagte, mit Karl Josef Denzer beende ein Mann seine parlamentarische Arbeit im Landtag, dem er seit 1970, also rund 20 Jahre lang, angehört habe. Nachdem er sich in verschiedenen Funktionen innerhalb seiner Fraktion besonders als haushalts- und finanzpolitischer Sprecher einen Namen gemacht habe, sei er am 26. August 1980 zum Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden, die er bis zum Ende der 9. Wahlperiode im Mai 1985 geführt habe. Schon während seiner Zeit als Vorsitzender der Regierungsfraktion habe sich Karl Josef Denzer in großer Sorge um die Kompetenzen der Landtage für die Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland auch im Hinblick auf die von ihm bejahte, fortschreitende politische Integration Europas eingesetzt.

Politische Kultur

Die Präsidentin fuhr fort, ein wesentlicher Markstein in Denzers Amtszeit sei die Fertigstellung des neuen Hauses des Landtags gewesen. Er habe wesentlichen Anteil an der Ausgestaltung des neuen Parlamentsgebäudes, an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Parlamentarier und Mitarbeiter und an der Einbeziehung moderner Kommunikations- und Informationstechniken in die Parlamentsarbeit gehabt. „Für seinen Beitrag an diesem ‚Jahrhundertwerk‘ gebührt ihm der Dank dieses Hohen Hauses“, merkte Ingeborg Friebe an. Sie lud ihren Vorgänger, der kein Geschenk zum Abschied hatte haben wollen, zur Präsidentenkonferenz ein. Zuletzt gab sie Karl Josef Denzer einen Blumenstrauß für dessen Frau Ruth und ein herzliches „Glück auf!“ mit auf den Weg.

Wörtlich stellte die Präsidentin in ihren weiteren Ausführungen fest: „Meine Damen und Herren, zu Beginn meiner weiteren Ausführungen möchte ich Ihnen zunächst danken. Sie haben dem gesamten Präsidium durch Ihre Wahl großes Vertrauen erwiesen. Wir werden uns Mühe geben, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Zum erstenmal wurde eine Frau an die Spitze dieses Parlaments



Das Defilee der Gratulanten: Die frisch gewählte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe nimmt die Glückwünsche des Hohen Hauses entgegen.

Foto: Schüler

gewählt. Dies ist, auch wenn wir dies bedauern mögen, noch immer kein selbstverständlicher Vorgang. Ich bin mir durchaus bewußt, daß diese Tatsache in besonderem Maße durch kritische Aufmerksamkeit begleitet wird. Mir kommt die Aufgabe zu, als Präsidentin stellvertretend für alle Frauen diese Parlaments und für all die tüchtigen Frauen in unserem Lande beweisen zu müssen — oder sollte ich lieber sagen: beweisen zu dürfen? —, daß wir allen Aufgaben, denen wir uns stellen, auch gewachsen sind. Nicht anders als Sie, meine Herren!

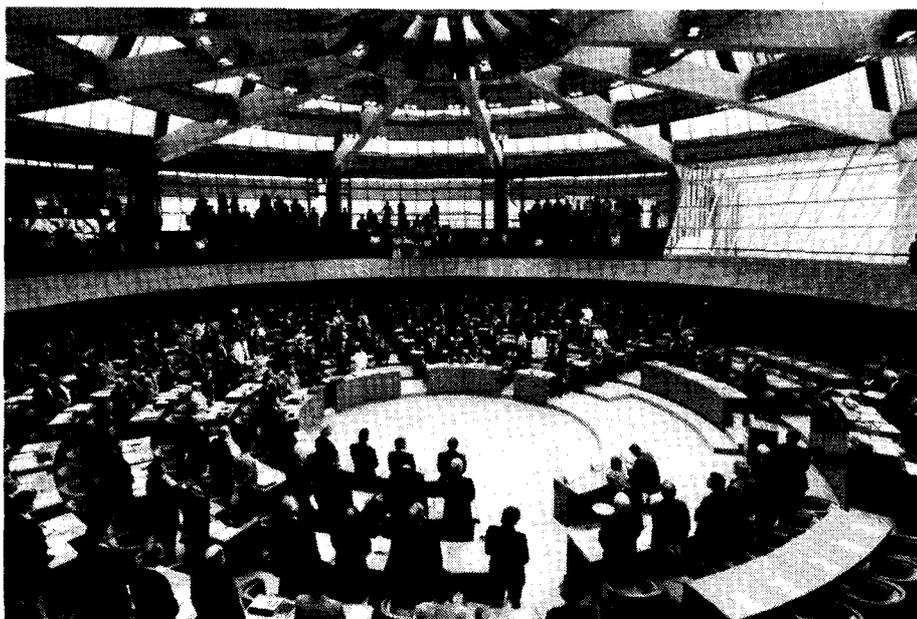
Ich sehe in dieser kritischen Betrachtung und Beobachtung durchaus aber auch eine Chance. Wenn ich mir die vielen wohlmeinenden und nützlichen Hinweise vergangener Präsidenten anhand der Protokolle vor Augen führe, so zeigt der politische Alltag, daß zwar vieles Beachtenswerte gesagt, aber längst nicht alles gehört wurde und schon gar nicht alles befolgt wird. Hier liegt die Chance: Wer genauer und kritischer hinhört, gerät vielleicht und hoffentlich zwangsläufig in die Lage, Gesagtes zu verinnerlichen und dann eventuell sogar zu befolgen. Ich wünsche mir dies in besonderem Maße im Hinblick auf das friedliche Miteinander in diesem Hause. Ich will damit keinesfalls der politischen Auseinandersetzung die Spitze nehmen. Die muß sein, sie ist nützlich und unentbehrlich im Interesse der Sache dieses Landes, dem wir uns alle verpflichtet fühlen. Nein, mir geht es hier um politische Kultur. Ein heftig geführter Dialog, eine wortgewaltige Auseinandersetzung soll und darf niemals zu einer persönlichen Auseinandersetzung und Herabwürdigung des politischen Gegners führen. Wir haben 82 neue Abgeordnete in unserer Mitte, die ich besonders begrüße und denen ich eine gute, erfolgreiche Zeit in diesem Hohen Haus wünsche. Geben wir, die wir dem Landtag von NRW schon seit langem angehören und parla-

mentarische Erfahrung sammeln konnten, ein gutes Beispiel. Landtagsarbeit darf nicht Fortsetzung des heißen Wahlkampfes mit anderen Mitteln sein. Gestatten Sie mir, daß ich für ‚Fehlritte‘, wenn dieser Ausdruck hier gestattet ist, die ‚Rote Karte‘ bereithalte. Es wäre für mich eine große Befriedigung, wenn ich sie nie zu zeigen brauchte. Menschlicher Umgang miteinander soll und kann uns helfen, die Sachprobleme zu lösen. Davon werden wir in den kommenden fünf Jahren reichlich haben — es gibt keine Ausruhephase in der Politik, Johannes Rau wird in seiner Regierungserklärung im einzelnen darauf eingehen. Doch es gibt parlamentarische Bereiche, in denen ich persönlich Schwerpunkte setzen möchte.

An erster Stelle steht der Prozeß der deutschen Einigung. Wir haben soeben von der Münchner Entschließung der Landesparlamenten bei diesem Meinungsbildungsprozeß eine wichtige Rolle zufällt. Mir geht es darum, dem Parlament den gebührenden Einfluß zu beschaffen. Dazu möchte ich Sie, meine Damen und Herren, auffordern, Ihre Rechte als Parlament konsequent einzufordern, denn alles Reden und Anbieten nutzt nichts, wenn dahinter nicht die klare Kompetenz der Landesparlamente spürbar wird. Dies gilt nicht nur in Richtung Bonn, sondern auch im Verhältnis zur eigenen Landesregierung. ‚Wir sind das Volk‘ war die Losung der friedlichen Novemberrevolution der DDR gegen die Herrschenden. ‚Wir sind das Parlament, die gewählten Volksvertreter‘ sollten dies mit Blick auf die Exekutive fortsetzen. Es geht mir hier um das Selbstverständnis und die Frage der zukünftigen Existenzberechtigung der Landesparlamente in einem zusammenwachsenden Europa. Das vergangene Parlament hat unter der Leitung des früheren Landtagspräsidenten van Nes Ziegler eine Kommission gebildet, die sich damit beschäftigt. Wir haben die erste Debatte hierüber bereits geführt. Wenn ich mich erinnere, wie wenige daran teilgenommen haben, dann kommen mir leise Zweifel am eigenen Gestaltungswillen dieses Parlaments. Es ging und geht schließlich um den Fortbestand und die Zukunft des Landesparlamentarismus. Haben wir Grund, so wenig Vertrauen in uns selbst zu setzen, daß diese Frage uns kalt läßt? Ich sage Nein. Der europäische Integrationsprozeß ist wünschenswert und unaufhaltsam. Wir werden gefordert sein, unseren Platz als Land und als Landesparlament darin zu finden. Das ist eine große Aufgabe, die wir nur gemeinsam lösen können. Der erste Teilbericht der Ziegler-Kommission gibt uns bereits wichtige Hinweise, und ich empfehle seine Lektüre dringend allen Mitgliedern dieses Parlaments. Konkrete weitere Vorschläge werden im Herbst folgen, und ich werde alles daran setzen, daß das Parlament sich den Aufgaben stellt. Ich hoffe dabei auf Ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Eine erste Aufgabe in der jetzt beginnenden Legislaturperiode wird die Erarbeitung einer, einem modernen Parlament angepaßten Geschäftsordnung sein. Der Ältestenrat hat eine Kommission eingesetzt. Ihr gehören je

Fortsetzung Seite 6



Zu ihrer Verpflichtung erhoben sich die Abgeordneten des neuen Landtags und sprachen die — im übrigen leicht geänderte — Formel: „Die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, daß sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“
Foto: Schüller

Für ein föderatives...

Fortsetzung von Seite 2

Länder zu behaupten, sondern ihnen neue Kompetenzen zu geben, damit sie „im Sinne von Bürgernähe, regionaler Vielfalt und Kontrolle der Macht aktiv am einigen Deutschland in einem vereinten Europa mitwirken können. Wir wollen ein föderatives Deutschland in einem bürgernahen Europa der Regionen.“

Dies sei die übereinstimmende Meinung aller Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, die auf ihrer 65. Konferenz vom 27. bis 30. Mai 1990, an der er, Denzer, noch teilgenommen habe, einstimmig zu dem Beschluß gekommen seien, daß eine Beteiligung der Länder am Einigungsprozeß schon deshalb unabdingbar sei, weil dieser Prozeß auf die künftige Gestalt des deutschen Föderalismus erheblichen Einfluß haben werde. Die Präsidentinnen und Präsidenten hätten darum schon Ende Februar dieses Jahres die Bildung eines Gremiums angeregt, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesparlamente gemäß der Stärke der Länder im Bundesrat zusammensetze und für eine Beteiligung entsprechender Gremien der DDR offen sei.

Der scheidende Präsident wagte die Prognose, dieses Parlament werde nicht zuletzt über die Folgen des deutschen und europäischen Einigungsprozesses „wahrscheinlich heftige Auseinandersetzungen und kontroverse Debatten“ erleben. Das sei nicht schlimm, „wenn dabei erkennbar bleibt, daß es um das Ringen um die besten Lösungen geht und wenn die Auseinandersetzungen von Respekt für den Andersdenkenden getragen bleibt“. Denzer fuhr fort: „Im Gegenteil: Es wird unserer Demokratie gut tun, entspricht es doch seit altersher dem Wesen eines frei gewählten Parlaments. Wenn Sie, meine Damen und Herren, den Bürgerinnen und Bürgern zuhören und ihre Sprache sprechen, dann werden sich diese von Ihnen vertreten fühlen, und Sie als Abgeordnete wiederum werden das Anse-

hen und die Bedeutung des Landtags Nordrhein-Westfalen festigen.“

Wenn ihm ein Blick zurück gestattet sei, wolle er an die Verfassung des Landes erinnern, die vor 40 Jahren verabschiedet worden sei. Sie sei aus dem Geist derer entstanden, die gegen Unfreiheit und Unrecht Widerstand geleistet hätten. Freiheit und Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit seien die Grundgedanken, auf denen unser Staat aufbaue. Denzer: „Es war ein Neubeginn in Freiheit. Den Männern und Frauen, die dieses Werk in Gang setzten, gebühren unser Dank und unsere Achtung.“ Es zeichne die Demokratie aus, daß sie nicht generell auf Harmonie ausgelegt sei, „sondern auf die offene, vernünftige und gewaltlose Regelung von Konflikten“. Das Ergebnis müsse im gemeinsamen Weiterkommen liegen; das sei auch der Auftrag der Landesverfassung — „und dieser Auftrag gilt auch heute und in Zukunft“, betonte Denzer.

Zum Schluß seiner Rede wandte sich der amtierende Präsident den Regularien zu, wie sie die Landesverfassung für die Konstituierung des neuen Landtags vorsieht. So bestimme Artikel 37 der Landesverfassung, daß der Landtag spätestens am 20. Tag nach der Wahl, jedoch nicht vor dem Ende der Wahlperiode des letzten Landtags, zusammentrete. Die Wahlperiode des am 12. Mai 1985 gewählten Landtags sei mit Ablauf des 30. Mai 1990 beendet worden: „Ich stelle daher fest, daß der Landtag der elften Wahlperiode fristgerecht zusammengetreten ist.“

Gemäß Artikel 36 der Landesverfassung beginne die Wahlperiode des neuen Landtags mit seiner ersten Tagung, also mit dem 31. Mai 1990. Sie ende am 31. Mai 1995. Denzer erwähnte noch Gesamtstärke des Landtags und die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Fraktionen auf der Basis des amtlichen Wahlergebnisses. Von den 86 Bewerbern aus den Landesreservelisten hätten nach Mitteilung des Landeswahlleiters 84 die Wahl angenommen, zwei Bewerber von der Landesreserveliste der CDU hätten ihre Wahl nicht angenommen, dafür seien zwei

andere Bewerber von dieser Liste nachgerückt, die inzwischen ihre Wahl angenommen hätten.

Danach verpflichtete der geschäftsführende Präsident die Mitglieder des Landtags, die sich von ihren Sitzen erhoben. Dann folgte die Wahl des neuen Landtagspräsidenten. Der Vorsitzende der größten Fraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), schlug Ingeborg Friebe (SPD) vor, die in geheimer Wahl, wie das die F.D.P.-Fraktion vorgeschlagen hatte, gewählt und mit Beifall bedacht wurde. Von den 234 abgegebenen Stimmen vereinigte Frau Friebe 204 auf sich; 22 Nein-Stimmen standen sechs Enthaltungen gegenüber, zwei Stimmen waren ungültig.

Für das Amt des 1. Vizepräsidenten wurde vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen der bisherige Inhaber dieses Amtes, Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), vorgeschlagen. Auch in diesem Fall gab es eine geheime Abstimmung. Ihr Ergebnis: 211 für, neun gegen Klose; zwölf Enthaltungen und eine ungültige bei 233 abgegebenen Stimmen.

Anders als bei der Wahl zur Präsidentin und zum 1. Vizepräsidenten hatte Ulrich Schmidt (SPD), der von seiner Fraktion für das Amt des 2. Vizepräsidenten nominiert wurde, zwei Gegenkandidaten: Dr. Horst-Ludwig Riemer von der F.D.P. und Beate Scheffler von der Fraktion Die Grünen. Nach dem Auszählen der Stimmzettel entfielen auf Schmidt 131, auf Riemer 86 und auf Frau Scheffler 13 Stimmen. Damit war Ulrich Schmidt gewählt.

15 Schriftführer

Die Wahl der 15 Schriftführer brachte folgendes Ergebnis: Herbert Heidtmann, Manfred Ludwig Mayer, Gisela Meyer-Schiffer, Günter Meyer zur Heide, Hans-Dieter Moritz, Irmgard Schmid, Horst Sommerfeld und Martin Stevens (alle SPD); Brunhild Decking-Schwill, Otti Hüls, Horst Jäcker, Wilhelm Lieven und Klaus-Dieter Völker (alle CDU); Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) und Beate Scheffler (Die Grünen).

Zuvor hatte die Mehrheit der Abgeordneten die Geschäftsordnung des Landtags für die 11. Wahlperiode in Kraft gesetzt und dabei auf Vorschlag der SPD-Fraktion die Zahl der Vizepräsidenten von bisher drei auf zwei reduziert. Anderslautende Änderungsvorschläge der übrigen Fraktionen — die CDU wollte nur einen Vizepräsidenten, die Grünen drängten auf vier Vizepräsidenten, damit alle Fraktionen des Hauses im Leitungsgremium des Parlaments vertreten seien (diesem Standpunkt schloß sich die F.D.P. an) — wurden abgelehnt.

In einem zweiten Punkt in dem von allen Fraktionen eingebrachten Antrag (Drs. 11/1) ist vorgesehen, daß der Ältestenrat eine Arbeitsgruppe einsetzt, die aus sechs Mitgliedern der Parteien und Vertretern der Landtagsverwaltung besteht und bis Ende dieses Jahres Vorschläge zur Novellierung der Geschäftsordnung des Landtags vorlegen soll. Dabei solle die Stärkung des Parlamentarismus im Vordergrund stehen.

Nach der Wahl der Schriftführer übergab der amtierende Präsident das Amt an seine Nachfolgerin Ingeborg Friebe. Es sei zum ersten Mal in der Landesgeschichte, daß dieses Amt von einer Frau versehen werde. Dazu wünsche er eine glückliche Hand, viel Erfolg und ein herzliches Glückauf.

SPD-Fraktion wählte Farthmann wieder zum Vorsitzenden

Mit 103 von 111 abgegebenen Stimmen ist Professor Dr. Friedhelm Farthmann am 22. Mai von der SPD-Landtagsfraktion erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt worden. Es gab vier Nein-Stimmen und vier Enthaltungen. Der wiedergewählte Fraktionschef bedankte sich „für den gewaltigen Vertrauensbeweis“, der die künftige Arbeit leichter mache.

Professor Farthmann führt seit 1985 die SPD-Fraktion. Er hatte damals das Amt von Karl Josef Denzer übernommen, der Landtagspräsident wurde, und als solcher jetzt ausgeschieden ist. Der 59jährige Farthmann stammt aus Bad Oeynhausen, hat Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen studiert, dort auch 1957 promoviert sowie 1956 und 1961 die beiden Staatsprüfungen abgelegt. Nach einer Assistentenzeit an der Universität Heidelberg trat er in die Dienste des DGB. Er wurde Leiter der Abteilung Mitbestimmung, später der Abteilung Gesellschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand. Seit 1973 Honorarprofessor an der FU Berlin wurde er 1975 zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW berufen und blieb ein Jahrzehnt in diesem Amt.

Die SPD-Fraktion hat ferner ihre stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und die Beisitzer zum Fraktionsvorstand gewählt. Stellvertreter von Friedhelm Farthmann sind:

Brigitte Speth, Volkmar Schultz, Franz-Josef Kniola, Reinhold Trinius und Manfred Dammeyer. Die Beisitzer sind: Marita Rauterkus, Stefan Frechen, Jürgen Schaufuß, Hans Vorpeil, Anne Garbe, Gabriele Gorcitza, Loke Mernizka, Ernst-Otto Stüber, Hans Frey, Hans Rohe, Heidi Berger, Marie-Luise Morawietz, Johannes Pflug, Jürgen Büssow und Rheinhard Grätz. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer ist Gerhard Wendzinski. Der bisherige



Vorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann und Parlamentarischer Geschäftsführer Gerhard Wendzinski.

Geschäftsführer Reinhard Grätz hatte mitgeteilt, daß er für dieses Amt nicht mehr kandidieren wolle.

Als Kandidatin für das Amt des Landtagspräsidenten nominierte die Fraktion Ingeborg Friebe, für das des Vizepräsidenten Ulrich Schmidt. Als Schriftführer entsendet die SPD-Fraktion folgende Abgeordnete ins Präsidium des Landtags: Horst Sommerfeld, Dieter Moritz, Irmgard Schmid, Gisela Meyer-Schiffer, Manfred Ludwig Mayer, Herbert Heidtmann, Martin Stevens und Günter Meyer zur Heide.

Der Fraktionsvorstand der SPD muß sich laut Fraktionsgeschäftsordnung nach 18 Monaten erneut und dann für den Rest der fünfjährigen Legislaturperiode zur Wahl stellen.

Stiftung unterstützt rheinisches Kulturgut

Von der Denkmalpflege über die Heimatmuseen bis hin zu kulturellen Veranstaltungen reicht die Palette der Projekte, die die Sparkassenstiftung zur Förderung rheinischen Kulturguts unterstützt. 1989 hat die 1988 gegründete Stiftung mit rund 900000 DM Einrichtungen und Vorhaben gemeinnütziger Körperschaften unterstützt, die das Kulturleben im Rheinland bereichern.



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: v.l. Brigitte Speth, Volkmar Schultz, Franz-Josef Kniola, Reinhold Trinius und Manfred Dammeyer.

Zwei Spitzenvertreter der Grünen im ersten Fraktionsvorstand

Die neue Grünen-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hat einen zweiköpfigen Fraktionsvorstand gewählt. Ihm gehören die Spitzenkandidaten im Wahlkampf, Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper, an. Wie die beiden am 18. Mai im Landtag weiter mitteilten, soll Höhn als Fraktionssprecherin, Vesper als parlamentarischer Geschäftsführer fungieren. Sie seien mit jeweils elf von zwölf Stimmen für ein Jahr gewählt worden.

Die Diplom-Mathematikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg, Bärbel Höhn (37), war mehrere Jahre lang für die Bunte Liste im Rat der Stadt Oberhausen. Der ebenfalls 37 Jahre alte Diplom-Soziologe Vesper arbeitete bisher als Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion.

Ausschüsse

Gleichzeitig entschied sich die zwölfköpfige Fraktion, den Vorsitz für den Umweltausschuß zu fordern. Bei derzeit 20 Fachausschüssen haben die Grünen nach dem Verteilungsverfahren d'Hondt Anspruch auf einen Ausschußvorsitz. Weiter schlugen sie vor, zusätzlich einen deutsch-deutschen Ausschuß und einen Energieausschuß einzurichten.



Bilden den Vorstand der Fraktion Die Grünen: v.l. Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper. Fotos: Schüler

CDU-Fraktionsvorstand mit Geschäftsführer und Schatzmeister

Die CDU hat, wie bereits berichtet, ihren Fraktionsvorstand neu gewählt. „Landtag intern“ zeigt hier die gewählten Abgeordneten im Bild. In der oberen Reihe v.l.: Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, Kaufmann aus Issum, sowie seine Stellvertreter Hartmut Schauerte, Rechtsanwalt und Notar aus Kirchhudem-Flape, Ruth Hieronymi, Hausfrau aus Bonn, und Herbert Reul, Studienrat aus Leichlingen. In der unteren Reihe v.l. die Stellvertreter Lothar Hegemann, Versicherungskaufmann aus Recklinghausen, Leonhard Kuckart, Verkaufsleiter aus Schwelm, Marie Luise Woldering, Rechtsanwältin und Notarin aus Bocholt, sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Heinz Hardt und der Schatzmeister Dr. Ottmar Pohl.



Der neue Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen, der den langjährigen Vorsitzenden Dr. Bernhard Worms ablöst, stammt aus

Krefeld. Er hat in Hamburg und München studiert, als Diplom-Ökonom abgeschlossen und 1972 promoviert. Der 47jährige selbständige Unternehmer gehört dem

Landtag seit 1980 an. Seit 1987 amtiert er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im gleichen Jahr wurde er auch Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen.



F.D.P. bestätigte Dr. Achim Rohde als Fraktionsvorsitzenden

In ihrer Konstituierenden Sitzung zur 11. Wahlperiode hat die F.D.P.-Landtagsfraktion Dr. Achim Rohde für die Dauer der Legislaturperiode als Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Als Parlamentarischer Geschäftsführer wurde der Abgeordnete Hagen Tschöeltsch wiedergewählt.



Dr. Achim Rohde (F.D.P.)

Dr. Achim Rohde, 54 Jahre alt, ist von Beruf Unternehmensberater und stammt aus Düsseldorf. Er hat Rechts- und Staatswissenschaften studiert und war u. a. Persönlicher Referent des ehemaligen Bundesvorsitzenden der F.D.P., Walter Scheel, sowie Referent im Auswärtigen Amt. Von 1975 bis 1983 hatte er das Amt des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf inne. Die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden hatte die F.D.P.-Fraktion am 22. Mai auf eine der nächsten Fraktionssitzungen vertagt, da die Entscheidungen im Ältestenrat über die Vergabe der Landtagsvizepräsidenten- und Ausschußvorsitzendenpositionen erst abgewartet werden sollten. Bisher hatte der Abgeordnete Joachim Schultz-

Tornau den Vorsitz im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung inne. Der Abgeordnete Dr. Horst-Ludwig Riemer war Landtagsvizepräsident in der 10. Wahlperiode.

Schwerpunkte...

Fortsetzung von Seite 3

zwei Vertreter von SPD und CDU an, je ein Vertreter der F.D.P. und der Grünen sowie der Direktor beim Landtag. Und nicht zuletzt gehört der Kommission auch die Regierung an, als äußeres Zeichen dafür, daß es hier um Gemeinsamkeiten geht. Ich bin überzeugt, daß die Kommission eine gute Vor-

lage für die Beratungen im Ältestenrat erarbeiten wird, und ich sage Ihnen meine volle Unterstützung zu. Diese neue, moderne Geschäftsordnung kann auch ein Stück praktischer Parlamentsreform werden und damit der Stärkung dieses Hauses dienen. Das liegt in unser aller Interesse, und ich beziehe ausdrücklich die Landesregierung mit ein.

Vielleicht — hoffentlich — bietet die beginnende Legislaturperiode uns auch Gelegenheit, über das Wahlgesetz in Nordrhein-Westfalen nachzudenken und darüber, ob das Verhältnis zwischen Direkt- und Listenmandaten noch in unsere Zeit paßt. Doch dies sei heute nur am Rande vermerkt. Ebenso wie der praktische Hinweis: Die Umbaumaßnahme, soweit sie durch die Vergrößerung des Parlaments erforderlich werden, sollen, wenn eben möglich, in der Sommerpause durchgeführt werden, um die Arbeit der Abgeordneten und des gesamten Hauses nicht zu stören.

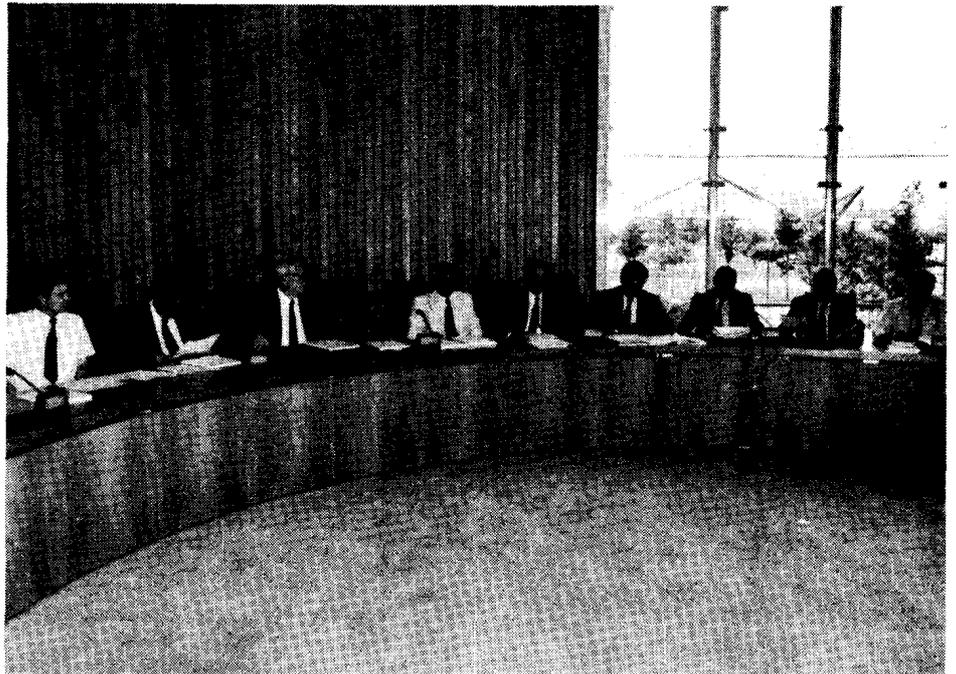
Meine Damen und Herren, wenn wir die von mir angesprochenen Themen in den nächsten fünf Jahren voran — und zu einem guten Ergebnis führen könnten, wären dies aus meiner Sicht als Präsidentin wichtige Beiträge zur Stärkung der Position des Parlaments, und ich wäre darüber sehr froh. Abschließend bitte ich Sie und die Landtagsverwaltung um Unterstützung meiner Arbeit. Vielen Dank!“, schloß die Präsidentin.

Landeswahlleiter erläutert endgültiges Wahlergebnis der Landtagswahl 1990 in NRW dem Landeswahlausschuß

Die Abweichungen des vorläufigen vom endgültigen Ergebnis waren noch nie so niedrig wie bei der Landtagswahl 1990. Darauf verwies Landeswahlleiter Hans Engel bei der Vorstellung des endgültigen Ergebnisses der Wahl zum Elften Landtag. Der Landeswahlausschuß stimmte einvernehmlich zu. Engel teilte ferner mit, daß es auf der Basis dieser Entscheidung zu Nachrückverfahren kommen werde. Er kündigte an, alle 237 Abgeordneten anzuschreiben. Innerhalb von acht Tagen sollten sie Gelegenheit haben, zu erklären, ob sie die Wahl annähmen oder nicht. Für Nachzügler wollte der Landeswahlleiter einen Extra-Service zur konstituierenden Sitzung am 31. Mai vor den Türen des Plenums einrichten.

Vor dem Landeswahlausschuß nahm Hans Engel zu drei Punkten Stellung. Erstens zum Poststreik im Vorfeld der Landtagswahl und zu dessen potentiellen Folgen. Dabei kam der Landeswahlleiter zu einem verblüffenden Ergebnis. Ein Vergleich zwischen dem normalen Rücklauf in anderen Wahljahren ohne Poststreik und dem verspäteten Eingang 1990 habe zu dem Ergebnis geführt, daß vermutlich wegen des Rummels um den Streik die Zahl der zu spät eingetroffenen Wahlbriefe eher niedriger gewesen sei als bei vergangenen Wahlen.

Zu Zweifeln der Forschungsgruppe Wahlen an der Notwendigkeit der Aufstockung auf 237 Abgeordnete, wobei 235 Abgeordnete als ausreichend angesehen worden waren, meinte Engel, es müsse ein kompletter Verhältnisausgleich hergestellt werden, und zwar unter Anrechnung auf die direkt erhobenen Sitze. Der Landeswahlleiter bezeichnete das als „das simple alte Dreisatzsystem“. Aufgestockt werden müsse, weil einer Partei Mehrsitze nicht weggenommen werden könnten. Die wahlmathematische Formel lautet demnach „Ausgangszahl gleich Sitzzahl der Mehrsitze mal bereinigte Gesamtstimmenzahl dividiert durch Stimmzahl der Mehrsitze“. Da bei der Berechnung eine gerade Zahl von 236 herauskomme, müsse die Ausgangszahl um eins erhöht werden. Den einen Sitz erhalte



Endgültiges Wahlergebnis im Landeswahlausschuß: 4. v.l. Landeswahlleiter Hans Engel.

Foto: Schüler

die SPD zu ihren Direktmandaten dazu, weil sie bei der Berechnung der Sitzverteilung den höchsten Restwert der Stimmen habe. Zu den rechnerischen Berichtigungen erklärte der Landeswahlleiter, es habe minimale Änderungen in der Summe gegeben, die für kein Direktmandat oder für die Listenverteilung mandatsrelevant gewesen seien.

Umbewertungen hingegen seien Aufgabe der Kreiswahlausschüsse.

Zum Abschluß erinnerte der Landeswahlleiter daran, daß der Landeswahlausschuß am 23. Mai in der 10. Legislaturperiode letztmalig getagt habe. Er dankte für „die sehr faire Zusammenarbeit“. Als Beisitzer nahmen an dieser Sitzung die Abgeordneten Karl Trabalski, Ludwig Eichhorn, Gerhard Wendzinski, Volkmar Schultz (alle SPD), Heinz Hardt, Heinz Paus, Helmut Diegel (alle CDU) und Wolfram Dorn (F.D.P.) teil. Zu der Runde der Parlamentarier gesellte sich später auch der neue Abgeordnete der Grünen, Dr. Michael Vesper.

Nachfolgend im Schaubild die Gegenüberstellung des vorläufigen und endgültigen Ergebnisses der Landtagswahl 1990 mit Veränderungsnachweis:

Faire Zusammenarbeit

Allerdings für die Wahlkostenerstattung können solche Vorkommnisse Auswirkungen haben. So sind nach den Angaben Engels durch einen Rechenfehler 20 Stimmen den Republikanern abgezogen und der ÖDP zugewiesen worden. Der Landeswahlleiter verwies darauf, daß er für solche rechneri-

LANDTAG INTERN
Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 5 68 01*
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher, und Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Merkmal	Vorläufiges Ergebnis		Endgültiges Ergebnis		Abweichung (endg./vorl.) absolut
	absolut	%	absolut	%	
Wahlberechtigte	13 037 197	100	13 036 004	100	-1 193
Wähler/Wahlbetg.	9 355 186	71,8	9 353 710	71,8	-1 476
Ungültige Stimmen	63 600	0,7	61 735	0,7	-1 865
Gültige Stimmen	9 291 586	100	9 291 975	100	+ 389
davon					
SPD	4 643 908	50,0	4 644 341	50,0	+ 433
CDU	3 410 234	36,7	3 410 045	36,7	- 189
F.D.P.	535 578	5,8	535 655	5,8	+ 77
Grüne	469 078	5,0	469 098	5,0	+ 20
REP	171 734	1,8	171 867	1,8	+ 133
ÖDP	46 724	0,5	46 650	0,5	- 74
NPD	3 382	0	3 370	0,0	- 12
DKP	2 377	0	2 376	0,0	- 1
Patrioten	1 743	0	1 742	0,0	- 1
CM	1 161	0	1 161	0,0	+/- 0
ZENTRUM	717	0	717	0,0	+/- 0
Familie	210	0	210	0,0	+/- 0
SRP	202	0	202	0,0	+/- 0
FAP	56	0	56	0,0	+/- 0
Einzelbewerber	4 482	0	4 485	0,0	+ 3

Hilfe aus Fraktionen und Verwaltung für die Arbeit der Abgeordneten

Der Landtag als Dienstleistungsbetrieb

Das Wählervotum vom 13. Mai hat dem Landtag durch zehn Abgeordnete mehr als 1985 und durch die vierte Fraktion besonders viel Arbeit in der Anfangsphase beschert. Den zwölf neuen Abgeordneten der Fraktion der Grünen müssen Fraktions- und Arbeitsräume bereitgestellt werden. Die Sitze in den Gremien des Parlaments sind eben so neu zu verteilen wie die Redezeiten. Auch werden Änderungen der Abläufe im Sinne von Straffung diskutiert. Über die „Innenausstattung“ des Parlaments informiert nachstehend „Landtag intern“ in Stichworten aus dem parlamentarischen Alltag als Beitrag zur besserer Durchschaubarkeit für interessierte Wählerinnen und Wähler und zur ersten Orientierung im Dienstleistungsbetrieb Landtag für neue Abgeordnete.

Ältestenrat: Interfraktionelles politisches Führungsorgan, dem die Präsidentin, die Vizepräsidenten und 15 führende Persönlichkeiten der Fraktionen angehören (SPD 8, CDU 5, F.D.P. und Grüne je 1). Tagt in der Regel mittwochs vor einer Plenarwoche. Hauptaufgabe ist die Einigung über geordnete parlamentarische Abläufe (Tagesordnung, Rednerfolge, Redezeiten, Ausschußüberweisungen, Abstimmung mit der Regierung). Der Ältestenrat behandelt auch Verstöße gegen die parlamentarische Ordnung und genehmigt Auslandsreisen von Ausschüssen und Kommissionen.

Amtliches Handbuch: Lose-Blatt-Sammlung mit Angaben zu Lebensläufen und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zur Organisation der Fraktionen und zur Besetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien. Auszüge aus der Landesverfassung, die Geschäftsordnung des NRW-Landtags und das Abgeordnetengesetz informieren über die rechtlichen Grundlagen der Mandatsausübung. Als Kurzfassung wird das gebundene „Volkshandbuch“ interessiert kostenlos zur Verfügung gestellt.

Archiv: Sammlung parlamentarischer Daten und Unterlagen, die auch der Öffentlichkeit zugänglich ist, sofern die Arbeitslage es erlaubt (Tel. 884-2432).

Ausschüsse: Zur Vorbereitung der Plenarberatung werden Gesetzentwürfe, Anträge, Haushaltsvorlagen und Regierungsberichte in Fachausschüsse (federführend oder mitberatend) überwiesen. In der elften Wahlperiode werden 21 Ausschüsse (vorher: 20) gebildet; neu: Ausschuß „Mensch und Technik“ (vorläufiger Arbeitstitel).

Ausschußassistent/in: Verwaltungsbeamte des gehobenen oder höheren Dienstes, der/die zur Entlastung des Vorsitzenden und der Mitglieder der Arbeits- und Terminplanung koordiniert, Sitzungen und Anhörungen vorbereitet, Unterlagen beschafft und Beschlüsse organisatorisch umsetzt. Verfaßt auch Berichte für die Landtagsinformationen. Unterrichtet über Sach- und Beratungsstand von Initiativen.

Ausschußprotokoll: Inhaltliche, keine wörtliche Wiedergabe des Beratungsverlaufs und der Abstimmungsergebnisse.

Ausschußspiegel: vierteljährliche Übersicht über die in den Fachausschüssen befindlichen Beratungsgegenstände.

Besucherdienst: Betreut die von den Abgeordneten angemeldeten oder anderweitig eingeladenen Besucher des Landtags (1989: 85 000). Als Halbtagsprogramm füh-

ren die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter Filme vor, informieren über die parlamentarische Arbeit und begleiten auf Wunsch die Diskussion mit Abgeordneten. Pro Halbjahr stehen jedem Landtagsmitglied zwei Termine für Gruppen zur Verfügung, gewünschte Termine werden unter Tel. 2302 entgegengenommen.

Bibliothek: Umfaßt rund 50 000 Bände von Literatur zu allen Gebieten der Landespolitik und wichtigen Aspekten der politischen Diskussion, zu Politikwissenschaft und Parlamentarismus sowie der Neueren Geschichte, insbesondere des Landes NRW. Rund 300 Zeitschriften und etwa 50 Amts- und Mitteilungsblätter werden ausgewertet und können eingesehen werden. Lesesaal und Ausleihe sind während der Bürozeit geöffnet und können von jedermann benutzt werden (Auskunft Lesesaal Tel. 21 12).



Mit Kaffeetafel und Kuchenbuffet bedankte sich der ausscheidende Landtagspräsident Karl Josef Denzer (im Bild bei der Ansprache) bei den Bediensteten der Landtagsverwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten fünf Jahre, insbesondere für besondere Einsätze während der Umzugsphase im vergangenen Jahr. Foto: Schüller

Büro: Jeder Abgeordnete erhält ein eigenes Büro im Landtagsgebäude (Ebenen 4, 5 und 6), das mit Mobiliar und Telefon ausgestattet ist. Zur „Amtsausstattung“ gehört auch, so steht es im Abgeordnetengesetz, „die Inanspruchnahme sonstiger Leistungen des Landtags in der Ausübung des Mandats“. Schreibmaschinen und Büromaterial werden aus der Kostenpauschale selbst finanziert.

Direktor beim Landtag: Ständiger Vertreter des Präsidenten in der Landtagsverwaltung, leitet diese und trägt hierfür gegenüber dem Präsidenten die Verantwortung; Direktor beim Landtag: Heinrich A. Große-Sender (Tel. 24 00).

Dokumentation: vermittelt Informationen aus dem Landtag, Fachwissen und aktuelle

Veröffentlichungen, auch durch Zugang zu externen Datenbanken (rund 250). In der Zentralkodokumentation „Parlamentsspiegel“ werden aufgrund eines Bund-Länder-Beschlusses seit 1980 die Parlaments- und Gesetzgebungsmaterialien aller Landtage, des Bundestages und des Europäischen Parlaments zentral für die ganze Bundesrepublik erfaßt. Auskünfte werden nicht nur Abgeordneten erteilt (Tel. 24 30).

Entschädigung: Landtagsabgeordnete erhalten in NRW eine monatliche Entschädigung in Höhe von 6958 Mark, Kostenpauschalen für Wahlkreisbetreuung in Höhe von 2081, für Mehraufwendungen am Sitz des Landtags 460 und Fahrtkosten zwischen 635 und 1 248 Mark pro Monat.

Fraktionen: Zusammenschlüsse der Mitglieder des Landtags jeweils einer Partei mit eigenen Arbeits- oder Geschäftsordnungen. Sie erhalten für Personal und Sachmittel Zuschüsse aus dem Landeshaushalt. Oppositionsfraktionen erhalten auf den Grundbetrag einen Zuschlag von 25 Prozent.

Fraktionsgeschäftsstellen: Postfächer für die Abgeordneten befinden sich in den Fraktionsgeschäftsstellen Ebene 3, bei der SPD in Raum D 40, bei der CDU Raum A 33 und der F.D.P. in Raum C 87. Die Fraktionsräume der Grünen sind auf der Ebene 1 im Gebäudeteil C untergebracht. Die Abgeordnetenpost wird von der Postverteilungsstelle der Landtagsverwaltung an die Fraktionen weitergeleitet.

Fraktionsreferent: meist wissenschaftlich vorgebildete Fachkraft für bestimmte Gebiete der Gesetzgebung, dem Fraktionsvorsitzenden unterstellt und einem Arbeitskreis (SPD und CDU) zugeordnet. Für die SPD-Geschäftsführung, für die Pressestelle und 21 Arbeitskreise arbeiten zehn Referenten. Die CDU beschäftigte in der zehnten Wahlperiode elf wissenschaftliche Referenten für 20 Arbeitskreise. Einschließlich Pressereferent hat die F.D.P.-Fraktion sechs Referenten. Wie viele Referenten in der Grünen-Fraktion eingestellt werden, steht noch nicht fest.

Die Fraktionsreferenten beobachten und bearbeiten den Gang der Gesetzgebung und der Meinungsbildung in den Fachressorts im Hinblick auf politische Zielsetzungen.

Hausordnungs- und Pfortendienst: Die Hauptpforte des Landtags ist ständig, die Garageneinfahrt montags bis freitags bis 22 Uhr besetzt.

„Landtag intern“: Parlamentszeitschrift des NRW-Landtags, erscheint 21mal im Jahr in einer Auflage von 26 000 Exemplaren und wird kostenlos an Interessenten verteilt. Außer Berichten über Plenar- und Ausschußberatungen enthält „Landtag intern“ Beiträge der Fraktionen und Porträts von Abgeordneten. Ein Beirat begleitet die Arbeit der Redaktion.

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter: Jedes Landtagsmitglied kann persönliche Hilfskräfte einstellen, für die ihm monatlich bis zu 1 948 Mark zuzüglich der Arbeitgeberanteile zu den Sozialausgaben erstattet werden.

Präsidium: Repräsentiert den Landtag nach außen, leitet die Plenarsitzungen, übt Funktionen des Haus- und Dienstherrn aus, stellt den Haushaltsplan des Landtags auf. Laut „Verhaltensregeln“ müssen die Mitglieder des Landtags, um Interessenverknüpfungen offenzulegen, im Handbuch genaue Angaben über Berufs- und Nebentätigkeiten machen und Einkünfte daraus dem Präsidium anzeigen. Über Verstöße gegen die Verhaltensregeln verhandelt das Präsidium.

Presseschau: Abdruck von Presseberichten aus 24 Zeitungen in zwei Ausgaben täglich in Sitzungswochen, die bis 11 Uhr und bis 14 Uhr erscheinen.

Pressestelle: Der Pressesprecher des Landtags (Ebene 5 Raum Z 75) ist für die Betreuung von Presse, Hörfunk und Fernsehen sowie für die publizistischen Aktivitäten des Hauses zuständig. Den in der Landespressekonferenz (auf freiwilliger Basis) zusammengeschlossenen Journalistinnen und Journalisten steht das Pressezentrum in der Eingangsebene für Pressekonferenzen und Arbeiten zur Verfügung. Im Presseclub Ebene 5 halten sich Vertreter der Medien vor allem während der Plenarsitzungen auf.

Restaurant: Cateringbetrieb an der Rheinseite der Ebene 0 für Abgeordnete, Besucher und Bedienstete; warme Küche zu üblichen Essenszeiten, an Plenartagen bis 18 Uhr. Ein Erfrischungsraum ist auf der Ebene 3 beim Plenarsaal in Betrieb.

Raumübersicht, vertikal: Um den Zentralbereich Z (Eingangshalle, darüber Plenarsaal) an der Rheinseite und den Bereich E (Direktor beim Landtag, Verwaltung) an der Straßenseite sind etwa in Form eines Halbkreises die jeweils sechsstöckigen Gebäudeteile A, B, C und D (beginnend an der Hafenseite) angeordnet.

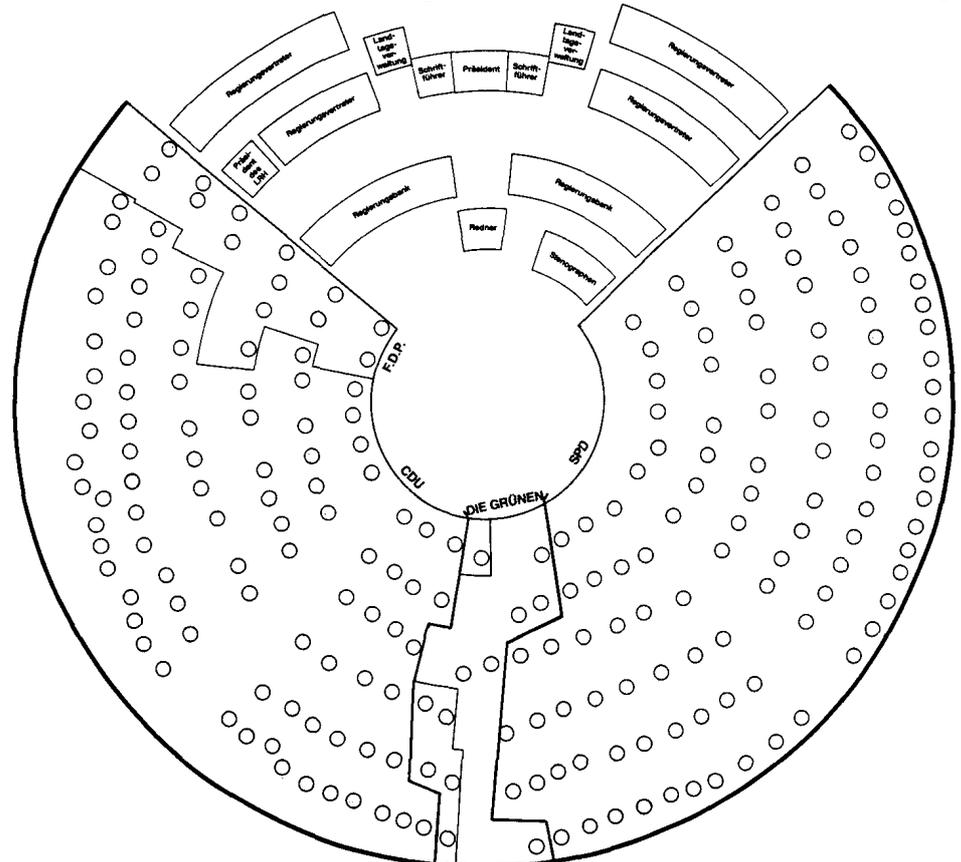
Horizontal: An der Eingangshalle (Ebene 1) schließen sich das Besucherforum, Sitzungssäle, Pressezentrum und Übergänge zu den anderen Gebäudeteilen an (Übergänge sind auch auf der Ebene 3). Direktion, Stenografischer Dienst, Petitionsausschuß

und Amtskasse befinden sich auf der Ebene 2. Das Zentrum der Ebene 3 wird von Plenarsaal, Präsidium, Fraktionssälen und Erfrischungsraum eingenommen. Büros der Abgeordneten befinden sich in den Gebäudeteilen A bis D auf den Ebenen 4 bis 6. Auf der Ebene 5 gelangt man zur Besuchertribüne und zur Pressestelle. Bibliothek, Druckerei, Postverteilung, Restaurant und Frisör befinden sich auf der Ebene 0.

Verwaltung: Die Landtagsverwaltung besteht zur Zeit aus 310 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ist in drei Abteilungen

gegliedert. Abteilung I („Parlament“): 70 Bedienstete, Leiter: Leitender Ministerialrat Volker Krieg, Tel. 24 15; Abteilung II („Verwaltung“): 170 Bedienstete, Leitender Ministerialrat Wolfgang Welz, Tel. 23 33; Abteilung III („Presse- und Informationsdienst“): 50 Bedienstete, Leitung: Regierungsangestellter/Pressesprecher Friedhelm Geradts, Tel. 23 00.

Der Gesamtumfang des Einzelplans 01 (Landtag) beträgt 1990 rund 161 Millionen Mark. Auf die Einwohnerzahl umgerechnet, kosten den NRW-Bürger sein Parlament etwa zehn Mark im Jahr. mmg



In vorläufiger Sitzordnung wurden die zwölf Mitglieder der Fraktion der Grünen zwischen der SPD- und der CDU-Fraktion untergebracht. Während der Sommerpause muß der Plenarsaal des Landtags, auch wegen der Plätze für zehn weitere Mitglieder, umgebaut werden.

Gemäß der Landesverfassung wurden nachstehende Mitglieder in Gremien des Landtags bestellt.

Ständiger Ausschuß (Wahrung der Rechte der Volksvertretung):

Dr. Manfred Dammeyer, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Reinhard Grätz, Franz-Josef Kniola, Volkmar Schultz, Brigitte Speth, Reinhold Trinius und Gerhard Wendzinski (alle SPD) sowie Heinz Hardt, Ruth Hieronymi, Leonhard Kuckart, Dr. Helmut Linssen und Heinz Paus (alle CDU) sowie Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Bärbel Höhn (Die Grünen).

Wahlprüfungsausschuß (15 Mitglieder):

Vera Dedanwala, Charlotte Kann, Loke Merizka, Egbert Reinhard, Hans Rohe, Friedrich Schreiber, Gerhard Wendzinski, Reinhard Wilmbusse (alle SPD) sowie Hannelore Brüning, Heinrich Dreyer, Manfred Kuhmichel, Walter Neuhaus, Hartmut Schauerte (alle CDU) und Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) sowie Dr. Michael Vesper (Die Grünen).

Ausschuß für Grubensicherheit (15 Mitglieder):

Rudolf Apostel, Manfred Degen, Friedrich Hofmann, Siegfried Jankowski, Helmut Marmulla, Gunther Sieg, Eberhard Sohns, Hans Vorpeil (alle SPD) und Wolfgang Jaeger, Hermann Kampmann, Friedrich Kollorz, Franz-Josef Pangels, Hans Wagner (alle CDU) sowie Friedrich Meyer (Westerkappeln (F.D.P.) und Siegfried Martsch (Die Grünen).

Vorläufiger Petitionsausschuß:

Anne Garbe, Hans Rohe, Karl-Heinz Schnepel, Friedrich Schreiber, Karl Schultheis, Horst Steinkühler, Martin Stevens, Klaus Strehl (alle SPD) sowie Hermann Kampmann, Karl Knipschild, Franz Riscop, Anne-Hanne Siepenkothen, Karl Ernst Strothmann (alle CDU) sowie Friedrich Meyer (Westerkappeln (F.D.P.) und Siegfried Martsch (Die Grünen).

Kontrollgremium (Tätigkeit des Verfassungsschutzes):

Jürgen Büsow, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Egbert Reinhard (alle SPD) sowie Dr. Hans-Ulrich Klose, Heinz Paus (beide CDU) und Rudolf Wickel (F.D.P.).

Vorsitz Grubenausschuß: Helmut Marmulla (SPD)

In der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Grubensicherheit wurde am 31. Mai der SPD-Abgeordnete und Landrat des Kreises Recklinghausen Helmut Marmulla zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Hermann Kampmann (CDU), Diözesansekretär der Katholischen Arbeitnehmerbewegung aus Hamm.



Klinische Psychologen

Die Landesregierung hat keine rechtlichen Möglichkeiten, die Beteiligung klinischer Psychologen an der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung zu garantieren. Nach geltendem (Bundes-) Recht kommt Ärzten und Zahnärzten eine Schlüsselstellung in der Heilkundeausübung zu. Hieraus ergeben sich enge Grenzen für alle anderen nichtärztlichen Heilberufe. Das teilt Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Herbert Heidtmann mit.



„Tanz – dialogMalaktion mit Robert Solomon, Pax-Christi-Kirche, Krefeld 1988“ ist ein großformatiges Bild der Düsseldorfer Künstlerin Barbara Heinisch betitelt, das bei der letzten Großen Kunstausstellung Nordrhein-Westfalen gezeigt und vom Landtag erworben worden war. Das 2,05 mal 2,20 Meter große Werk, eine Tempera-auf-Nessei-Arbeit, hat seinen Platz an einer begrenzenden Wand im Foyer des neuen Landtagsgebäudes gefunden. Barbara Heinisch hat ihr Bild in Performance-Interaktion mit einem Modell, in diesem Fall Robert Solomon, geschaffen. Links auf dem Bild ist eine gestreckte Figur mit erhobenen Armen zu sehen. Sie ist erkennbar, während sich die Figurationen in der Mitte und in der rechten Bildhälfte überschneiden, mehrdeutig werden. Bemerkenswert sind die Farben. Sie reichen von Ultramarin und Pariser Blau über Rotviolett bis zu Weiß. Der Betrachter hat spontan den Eindruck von dunklem Blau, der blauen Tönung eines sommerlichen oder südlichen Nachthimmels. Diese Farbgebung und die große Qualität des Bildes haben zu seinem Eingang in die am 13. Mai beendete Ausstellung „Blau – Farbe der Ferne“ des Heidelberger Kunstvereins geführt, von wo es jetzt zurückgekehrt ist. „Blau ist die Farbe der Ferne und der Utopie, die Farbe des Traums und der Illusion, die Farbe des ‚Geistigen in der Kunst‘ (Kandinsky), eine Farbe der Gegensätze, vielleicht die Farbe der Gegensätze schlechthin“, heißt es im Vorwort des Katalogs zu dieser hoch gerühmten Ausstellung. Barbara Heinischs Tempera-Arbeit entspricht diesen Kriterien vollkommen.

Foto: Schüler

Landtag wählt den Ministerpräsidenten und erörtert noch vor der Sommerpause den Staatsvertrag

Der Landtag wird am Mittwoch, 6. Juni, ab 10 Uhr, in der 2. Sitzung der neuen Legislaturperiode aus seiner Mitte in geheimer Wahl ohne Aussprache den Ministerpräsidenten „mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder wählen“, wie es in Artikel 52 der Landesverfassung heißt. Danach erfolgt die Vereidigung. Am Mittwoch, 13. Juni, wird sich das Landesparlament in seiner 3. Sitzung auf Initiative der CDU-Fraktion mit dem Staatsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten befassen. Der neue Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen kündigte die Einbringung eines Entschließungsantrages an.

Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD), nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister, ist für seine großen Verdienste um die wirtschaftlichen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Norwegen mit dem Kommandeurkreuz mit Stern des Königlich Norwegischen Verdienstordens ausgezeichnet worden. Jochimsen nahm den Orden in Bonn aus der Hand des norwegischen Botschafters Per M. Olberg entgegen. Der NRW-Wirtschaftsminister hatte sich mehrfach zu offiziellen Besuchen in Norwegen aufgehalten, jeweils mit Delegationen führender Repräsentanten der Wirtschaft.



Dr. Albrecht Beckel (CDU), scheidender Landtagsabgeordneter und in der 10. Legislaturperiode Vorsitzender des Kulturausschusses, hat aus den Händen des inzwischen verabschiedeten Landtagspräsidenten Karl Josef Denzer (im linken Bild in der Mitte) das vom Bundespräsidenten verliehene Große Bundesverdienstkreuz entgegengenommen. Denzer überreichte den Orden in Münster, der Heimatstadt Dr. Beckels, in der er auch lange Oberbürgermeister war (1964 bis 1972). Der Landtagspräsident verwies ferner darauf, daß sich Dr. Beckel große Verdienste als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken von 1968 bis 1972 sowie als Präsident des Maximilian-Kolbe-Werkes erworben habe. In seiner Laudatio machte Denzer darauf aufmerksam, daß sich Dr. Beckel seit 1970 auch im Landtag hervorragende Verdienste gemacht habe. Er habe außer dem Kulturausschuß dem Hauptausschuß und als stellvertretendes Mitglied dem Schul- sowie dem Wissenschaftsausschuß angehört. Auch sei er seit dem 13. Juni 1985 ordentliches Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“. Dr. Beckel habe sich durch seine hervorragende Arbeit im Landesparlament sowie auf kommunalpolitischem, kirchlichem und gesellschaftspolischem Gebiet über die Grenzen seiner Partei und seiner Landtagsfraktion hinaus weithin hohe Achtung und Anerkennung erworben, schloß der Präsident. — Werner Stump, alter und neuer Landtagsabgeordneter (im rechten Bild rechts), ist vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Karl Josef Denzer überreichte den Orden im Landtag. Werner Stump gehört seit 1985 dem Landtag an und zählt zum geschäftsführenden Vorstand der CDU-Fraktion. In seiner Laudatio wies der Präsident darauf hin, daß der Abgeordnete Stump als Mitglied im Ausschuß für Kommunalpolitik als Obmann seiner Fraktion sowie im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung mitwirke (ebenfalls als Fraktionsobmann). Als stellvertretendes Mitglied sei er im Wahlprüfungsausschuß, im Ausschuß für Grubensicherheit sowie im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz tätig. Auch habe er dem I. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß angehört. Groß sei auch sein kommunalpolitisches Engagement als CDU-Ratsfraktionsvorsitzender, Bürgermeister und 1. stellvertretender Bürgermeister der Stadt Kerpen.

Petitionsausschuß

Acht Abgeordnete schieden aus

In der letzten Sitzung des Petitionsausschusses der zehnten Wahlperiode am 22. Mai wurde unter der Leitung des Vorsitzenden Karl Knipschild (CDU) noch eine Fülle von Eingaben abschließend behandelt und die Bildung eines vorläufigen Petitionsausschusses für die Übergangszeit beschlossen. Dieser konstituierte sich am 31. Mai. Dem auf 15 Mitglieder verkleinerten vorläufigen Ausschuß gehören als Neulinge die Abgeordneten Friedel Meyer (F.D.P.) und Siegfried Martsch (Grüne) an.

Von den ausscheidenden Mitgliedern gehörten Margarete Versteegen (CDU) und Theo Heimes (SPD) am längsten dem Petitionsausschuß an (siehe auch „Landtag intern“ Nr. 9/1990). **Theo Heimes**, Bauunternehmer aus Lennestadt, wurde 1975 und 1980 in den Landtag gewählt und rückte 1988 für einen verstorbenen Kollegen nach. Er bearbeitete viele Eingaben zur Bauplanung und Bauordnung. Vor allem im Sauer- und Siegerland sowie in der Eifel wären viele Bauwünsche von Bürgern ohne seine Einwirkung unerfüllt geblieben. **Horst Hein** (SPD), Steueramtmann aus Höxter, Mitglied des Landtags von 1975 bis 1985 und 1989/90, bearbeitete ein dreiviertel Jahr lang Eingaben zu Problemen mit dem Steuerrecht. Er kandidierte nicht zum elften NRW-Landtag. **Joachim Westermann** (SPD), Prokurist aus Arnsberg, gehörte zehn Jahre lang dem Landtag und ebenso lange dem Petitionsausschuß sowie dem Wirtschaftsausschuß an, wo er zuletzt wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion war. Er kandidierte 1990 im Hochsauerlandkreis I, wo er mit 95 Stimmen Vorsprung vom CDU-Gegner geschlagen wurde. **Margarete Versteegen** (CDU), Verwaltungsdienstangestellte aus Emmerich und mit 21 Jahren Zugehörigkeit dienstältestes ausscheidendes Mitglied des Petitionsausschusses, widmete sich vor allem den Sorgen der Ärmsten im Lande. Um Sozialhilfe-, Versicherungsleistungen und Rentenzahlungen ging es bei vielen Eingaben, bei denen sie durch persönlichen Einsatz häufig zugunsten der Petenten wirkte. Verhandlungstermine nach Artikel 41a der Landesverfassung veranlaßte sie auch zu Anliegen von Strafgefangenen. Als Mitglied des Präsidiums trat sie ferner erfolgreich für die personelle Verstärkung des Petitionsreferats ein. Als Sonderschullehrerin kümmerte sich **Ilse Oel** (CDU) aus Iserlohn vor allem um Probleme von Schulen und Schülern, von Lehrern und Eltern. Frau Oel verzichtete auf eine weitere Kandidatur. Auch **Georg-Wilhelm Mietz** (CDU), Polizeihauptmeister aus Netphen, beendete seine Laufbahn als Mitglied des Landtags, dem er 13 Jahre lang angehörte. Er machte sich im Petitionsausschuß vor allem um Belange von Polizisten verdient, seien es Versetzungen oder Beförderungen. Als Hobby-Jäger erreichte er häufig in Ortsterminen den Ausgleich von Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes mit denen der Sportfischer und Jäger. **Gerhard Jacobs** (CDU), Vollerwerbslandwirt aus Geldern, gehörte dem Landtag und dem Petitionsausschuß fünf Jahre lang an und erwarb sich Verdienste um Anliegen von Landwirten und von Strafgefangenen. **Heinz Lanfermann** (F.D.P.), Richter aus Oberhausen, rückte in der Mitte der Wahlperiode für Dagmar Larisika-Ulmke in den Ausschuß nach und bearbeitete vor allem Eingaben aus dem Justizressort.

Porträt der Woche

Die Präsidentin

Von
Horst-Werner Hartelt

Gratulationen und Glückwünsche nahm sie auffallend gelassen hin. So schnell läßt sich die Landtagspräsidentin nicht aus der Ruhe bringen, und dies ist gut so! Die vier Fraktionen werden ihr kaum etwas schenken. Ingeborg Friebe ist darauf eingerichtet.

Was die Frau vom Jahrgang 1931 mitbringt, ist Lebensklugheit, erworben in der Familie und im Beruf, vor allem aber erlitten im Kindesalter. Den Vater haben die Nazis zum Tode verurteilt und umgebracht, weil er kommunistischer Widerstandskämpfer war. Die Mutter wurde bis zum letzten Kriegstag 1945 verfolgt, das hat die Tochter mit ihren beiden Brüdern in der Enge von Polizeidienststellen erfahren, dort wo SS und Gestapo kommandierten. Viele Jahre der Angst und der Not.

Über den Weg der kaufmännischen Berufsschule gelangte das Mädchen an ihrem Geburtsort Braunschweig zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Dort lernte sie ihren Ehemann kennen, mit dem sie in den 60er Jahren nach Monheim bei Düsseldorf zog. Die beruflichen Verpflichtungen machten den sonst gar nicht gewollten Umzug unumgänglich, denn Ehemann Horst wurde zum Bundesgeschäftsführer einer DGB-Organisation berufen.

Frau Friebe entschied sich für die Familie, zog zwei Söhne groß und sagt heute noch: „Eines geht nur, entweder Mutter zu Hause oder frei von allem im Beruf!“ 13 Jahre hat sie es so gehalten und war glücklich. Erst danach ging sie in ihren Beruf zurück, arbeitete als Schulsekretärin und kümmerte sich um die Politik im Kleinen. Ganz unten fing Ingeborg Friebe an, Ortsvereinsvorstand und dann Kreisvorsitzende, schließlich gar als eine der ersten Frauen überhaupt die Chefin eines ganzen Unterbezirks, und dies gleich fünf Jahre an Rhein und Wupper. Alles ist glatt gelaufen, alles ohne Komplikationen, denn diese Funktionärin war nie kompliziert, immer offen und ehrlich, konnte gar dem bulligen Bezirksvorsitzenden Hans Otto Bäumer die Meinung geigen.

Die SPD Willy Brandts hat sie geformt, auch schon in ihren Jugenderinnerungen auch Niedersachsens Hinrich Wilhelm Kopf und Alfred Kubel eine Rolle spielen. Diese beiden Ministerpräsidenten und Braunschweigs Oberbürgermeisterin Martha Fuchs schärften das Interesse an Landes- wie an Kommunalpolitik. Mit diesem Rüstzeug kam Ingeborg Friebe 1976 in das Bürgermeisteramt der Stadt Monheim und ein Jahr davor schon in den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Der



Ingeborg Friebe

Aufstieg vollzog sich lautlos und ohne Blaustrumpf. Die männlichen Parlamentskollegen freuten sich, nicht neben einer „Emanze“ sitzen zu müssen. In den Ausschüssen Arbeit und Soziales nebst Gesundheit war sie schnell eine Fachfrau und im Gremium für Petitionen eine Hilfe für die Schwachen in der Gesellschaft. Wohltun ohne Glockengeläut, dies erwies sich als ihr Wochenprogramm, so hat sie überzeugt; so wählte sie der Landtag 1985 guten Gewissens zur Vizepräsidentin.

Daß sie gar eines Tages den ersten Stuhl im Parlament einnehmen würde, wollte sie vor wenigen Monaten noch nicht glauben, zumal sie das sozialdemokratische Quoten-Diktat zugunsten von Frauen nicht als Weisheit letzter Schluß empfand.

Die erste Landtagspräsidentin in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen wird es nicht leicht haben. Man wird sie an Vorgängern messen, vor allem an der kompliziert gewordenen Tagesarbeit. Der Landtag startete in den Gründerjahren mit fünf Fraktionen, nämlich CDU, SPD, F.D.P., Zentrum und KPD. Ab 1954 aber fehlte schon die fünfte Gruppierung, und vier Jahre später hatte auch das Zentrum keinen parlamentarischen Bestand mehr. Von 1958 bis in den Mai 1990 setzte sich der Landtag mit einer Ausnahme zwischen 1980 und 1985 (der Wähler hatte der F.D.P. für diese Zeit kein Mandat gegeben) aus drei Fraktionen zusammen. Mit den überraschend eingezogenen Grünen stehen nun auf einmal wieder vier Parteien auf der Tagesordnung.

Frau Friebe muß es richten, denn sie ist für alle da. Aber auch diese Tatsache nahm sie gelassen hin, schon in der Wahlnacht meinte sie, dies sei nun die vierte Dimension — „und mir ist nicht bange, solange wir immer Demokraten sind“. Die Bürgermeisterin aus Monheim hat keine Angst vor der Zukunft, sie macht sich Mut und dem scheidenden Präsidenten Karl Josef Denzer wie auch der Landesverwaltung ein Kompliment: Das Hohe Haus sei viel besser als sein Ruf.

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 1. 6. bis 18. 6. 1990

Geburtstag hatten:

- 1. 6. **Dr. Herbert Schnoor** (SPD), 63 J.
- 1. 6. **Ernst Walsken** (SPD), 43 J.

Geburtstag haben:

- 5. 6. **Hermann Kampmann** (CDU), 52 J.
- 6. 6. **Peter Bensmann** (CDU), 48 J.
- 10. 6. **Reinhold Trinius** (SPD), 56 J.
- 17. 6. **Rudolf Apostel** (SPD), 58 J.

Diese Geburtstagsliste erscheint unter Vorbehalt, da bei Drucklegung noch nicht alle Geburtstage der neuen Abgeordneten vorliegen.

★

Professor Dr. Martin Kriele (CDU) aus Leverkusen, Professor für Staatsrecht an der Universität Köln, nimmt sein Mandat als CDU-Abgeordneter im neuen Landtag nicht an. Zur Begründung gab Kriele an, das zuständige Wissenschaftsministerium habe ihm nicht zugesichert, daß er nach seiner Tätigkeit als Abgeordneter wieder an seinen bisherigen Arbeitsplatz zurückkehren könne. Er sei nicht bereit, sich als Forscher amputieren zu lassen und das definitive Ende seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in Kauf zu nehmen. Professor Kriele hatte auf Platz 8 der CDU-Landesreserveliste kandidiert. Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums gibt es nach einer Beurlaubung zwar einen Anspruch auf eine „entsprechende Tätigkeit“, nicht aber auf „dieselbe Stelle“. Für den Staatsrechtler Kriele rückt der Diplom-Betriebswirt **Manfred Heinemann** aus Enger nach, der bereits in der 10. Wahlperiode Abgeordneter war.

★

Friedemann Wenck ist von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SPD-Landtagsfraktion bei der Neuwahl des Betriebsrates wieder zum Vorsitzenden gewählt worden. **Renate Schad** wurde ebenfalls bestätigt. Neu in den Betriebsrat kam **Doris Böhler**.

★

Christof Stöck, Stenograph des Landtags, war bei den Deutschen Kurzschriftmeisterschaften vom 23. bis 27. Mai in Bad Neuenahr-Ahrweiler in der höchsten Geschwindigkeit mit 475 Silben/Minute erfolgreich. Außer Stöck nahmen drei weitere Stenographen des Landesparlaments teil. **Franz-Josef Eilting** erzielte 375, **Renate Zinner** 350 Silben. Frau Zinner war zuvor mit 375 Silben Kurzschriftmeisterin des Bezirks Berg-Niederrhein geworden. Außer 300 Silben in deutscher Stenographie schaffte **Uwe Seidel** 240 Silben in englischer Kurzschrift.

★

Heinz-Werner Meyer, in der 9. Wahlperiode Landtagsabgeordneter der SPD für den Wahlkreis Dortmund I und bisher Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, ist beim 14. Ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum neuen Vorsitzenden des DGB gewählt worden. Meyer erhielt 333 von 520 abgegebenen Stimmen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Zur konstituierenden Sitzung des 11. Landtags hatten die zwölf frischgebackenen Grünen-Abgeordneten 300 weiße Petunien mitgebracht, die sie auf den Tischen der Abgeordneten verteilten oder ihnen in die Hand drückten, um, wie es hieß, dem Sitzungssaal Farbtupfer aufzusetzen. Auf dem Bild: Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper, die Fraktionsspitze der Grünen.

Foto: Schüler



Der SPD-Abgeordnete Manfred-Ludwig Mayer hat noch aus den Händen des inzwischen ausgeschiedenen Landtagspräsidenten Karl Josef Denzer das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse entgegengenommen. Manfred Ludwig Mayer gehört dem Landtag seit 1980 an. Er ist Mitglied im Kulturausschuß sowie im Kuratorium der „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“. Den Fragen der beruflichen Bildung hat er sich im Ausschuß für Schule und Weiterbildung gewidmet. Darüber hinaus gilt sein besonderes Interesse der Verkehrspolitik. Er ist Mitglied im Verkehrsausschuß sowie im Rechtsausschuß. Als stellvertretendes Mitglied wirkt er ferner im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. In seiner Laudatio hob der Präsident besonders das sozialpolitische Engagement des Abgeordneten Mayer im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf hervor. Verdient gemacht habe er sich darüber hinaus als langjähriger Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses in Düsseldorf.

Foto: Schüler